



Zeit für Notverordnungen?



Heinfried Keithahn

In den letzten Jahren der Weimarer Republik senkte Reichskanzler Brüning mit Hilfe von Notverordnungen die Einkommen der Beamten nominal um 23 Prozent. Und heute?

Prof. Dr. Gisela Färber vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer hat für Beamte des Bundes die Besoldungsentwicklung der letzten Jahre genauer betrachtet. Ausgehend von einem Einkommensindex von 100 im Jahre 1989 sind die Einkommen im Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe und private Dienstleistungen bis zum Jahr 2009 auf einen Wert von etwa 170 gestiegen. Die Beamtenbesoldung erreichte in diesem Zeitraum lediglich einen Wert von 147. Merkwürdig: Das waren 2009 also genau 23 Punkte Unterschied.

Doch die Bundesregierung beginnt umzudenken. Sie beschloss Anfang Oktober, das Weihnachtsgeld für Beamte des Bundes wieder auf 60 Prozent anzuheben.

Aber nicht so in Bremen. Hier wird nichts zurückgenommen, sondern hier werden Beamte auch weiterhin überpro-

portional zur Haushaltssanierung herangezogen. Hier greift der Senat ungeniert noch tiefer in die Taschen derjenigen, die sich vermeintlich nicht wehren können: in die Taschen der Polizisten.

Die Einführung eines Eigenbeitrages zur Freien Heilfürsorge wird mit einer damit einhergehenden Verwaltungsvereinfachung begründet. Doch wer soll denn glauben, dass da nicht andere Gründe eine Rolle spielen. Jede Kollegin und jeder Kollege kann doch für sich schnell ausrechnen, wieviel er künftig pro Jahr von seinem Bruttoeinkommen zahlen muss. Für uns eine teure Verwaltungsvereinfachung.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung für Polizeibeamte während der Probezeit auf einen Wert oberhalb der Besoldungsgruppe A 8 ist ein Schlag in das Gesicht nicht nur der Anfänger, sondern aller Kolleginnen und Kollegen. Polizeidienst ist gehobener Dienst oder heute Laufbahngruppe 2. Voraussetzung für den Zugang zu dieser Laufbahngruppe ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Die Laufbahngruppe 2 beginnt mit der Besoldungsgruppe A 9. Das gilt für alle Beamten des Landes Bremen. Korrektur: Das galt für alle Beamten des Landes Bremen. Künftig jedoch nicht mehr für Polizisten.

Die sehr schnelle Anhebung der besonderen Altersgrenze für Polizeibeamte von 60 auf 62 Jahre ohne Berücksichtigung besonderer Belastungen soll doch nur die Versorgungslasten senken. Aber warum eigentlich eine Sonderregelung für die Polizei? Warum wird die Anhebung der allgemeinen Altersgrenze für Beamte von 65 auf 67 auf einen Zeitraum von 18 Jahren gestreckt, während Polizei und Justiz nur sechs Jahre zur Verfügung stehen?

Bei all dem stellt sich eine zentrale Frage: warum eine besondere Belastung der Kolleginnen und Kollegen der Polizei? Liegt es vielleicht daran, dass Polizisten die geringsten Arbeitnehmerrechte haben?

Offensichtlich will der Senat ausloten, wie weit er den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen kann. Was da-

runter zu verstehen ist, hat die Senatorin für Finanzen mit der letzten Besoldungsanpassung eindeutig vorgeführt. Die Gewerkschaftsvertreter wurden zum Gespräch gebeten. Während dieses Treffens wurde aus einer Vorlage eine Papierseite herausgetrennt und uns mit den Worten: „Mehr ist nicht drin!“ übergeben. Auf dem Papier war die verzögerte Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich fixiert. Eine inhaltliche Diskussion war nicht gewünscht. Rechtliche Bedenken wurden zur Seite geschoben. Die Zeit für die im Gesetzgebungsverfahren übliche Stellungnahme auf zwei Wochen verkürzt.

Jetzt hat sich der Senat auf einer Klausursitzung mit den Haushaltsberatungen 2011/2012 beschäftigt. Das Ergebnis sind unter anderem die oben angeführten Einschnitte. Die Beteiligung der Gewerkschaften reduzierte sich bisher auf die Bekanntgabe der Klausurergebnisse durch den Senator für Inneres und Sport.

Dieses Verfahren mag rechtlich einwandfrei sein, doch den Damen und Herren des Senats sei gesagt, dass diese Münze auch eine Rückseite hat. In gleichem Umfang, in dem die Rechte der Beamten beschnitten werden, steigt selbstverständlich auch die Verantwortung des Staates, seinen verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Beamten und ihrer Familien nachzukommen. Hierzu gehört natürlich auch die Sicherung der Einkommen entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Doch das scheint der Senat zu verdrängen. Notverordnungen gibt es aus gutem Grunde nicht mehr. Wer sie durch die Hintertür einführen will, wird auf den Widerstand der Polizei stoßen.

Der GdP-Vorsitzende Horst Göbel hat an die Mitglieder des Senats einen offenen Brief gesandt und sie auf die Folgen ihres Handelns hingewiesen.

**Heinfried Keithahn,
stellv. Vorsitzender**



Offener Brief an den Senat der Freien Hansestadt Bremen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen,

sehr geehrte Damen und Herren Senatorinnen und Senatoren,

wie wir erfahren haben, findet in der kommenden Woche eine Klausurtagung des Senats statt. Ein Themenkomplex soll sich u. a. mit der Anhebung der besonderen Altersgrenze befassen. Wir weisen vorsorglich darauf hin, dass wir bereits bei der Entwicklung von neuen oder zu ändernden beamtenrechtlichen Regelungen eine angemessene Beteiligung der Gewerkschaft der Polizei erwarten. Sollte die Klausurtagung des Senats dazu dienen, einen fertigen Gesetzentwurf zur Anhebung der besonderen Altersgrenze

zu beschließen oder für eine kurzfristige Gesetzesänderung die Eckdaten zwingend vorgeben, bliebe für die Gewerkschaften formell nur noch die im Verfahren vorgeschriebene Stellungnahme.

Als Gewerkschaft der Polizei stellen wir dazu fest, dass bei der dargestellten Vorgehensweise eine Information oder Anhörung der Spitzenorganisationen zu diesem Thema nicht zeitgerecht stattgefunden hat und wir offiziell keine Gelegenheit hatten, eigene Vorstellungen mit dem Ziel einer inhaltlichen Auseinandersetzung einzubringen.

Die Beteiligung von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bei der Fortentwicklung des Beamtenrechts würde damit konterkariert.

Bereits bei der Übernahme des Tarifergebnisses 2011/2012 mussten wir feststellen, dass versucht wurde, die Interessenvertretungen durch eine „Taktik der schnellen Entscheidungen und kurzfristigen Informationen“ auszuhebeln. Hier zeigte sich zu unserer großen Enttäuschung, dass die vollmundig propagierte Wertschätzung von Gewerkschaften augenscheinlich nicht gelebt wird.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir als Gewerkschaft der Polizei nicht bereit sind, ein weiteres Mal die „Politik der Schnellschüsse“ hinzunehmen. Wir fordern eine faire Beteiligung in allen Fragen, die die Belange von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Beamtinnen und Beamten berühren. Das beinhaltet auch rechtzeitige Informationen und keine „Geheimhaltungspolitik mit überfallartigen Entscheidungen“ im Senat und im Parlament.

Als Gewerkschaft der Polizei stellen wir fest, dass Arbeitnehmerrechte nicht statisch sind und immer wieder erkämpft werden müssen. Wenn uns die ohnehin schon geringen Beteiligungsrechte im Beamtenbereich durch „taktische Spiele“ noch weiter beschnitten werden, bleibt uns nur die vollständige Ausschöpfung der nach europäischer und neuerdings auch nach deutscher Rechtsprechung zulässigen Arbeitskämpfmaßnahmen bis hin zum Streik.

Mit freundlichen Grüßen

**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bremen,
Horst Göbel**

TERMIN

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 7. November 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Polizeibeamte sollen die Zeche zahlen

Der Senator für Inneres und Sport hat heute (7. 10. 2011) Vertreter von Gewerkschaften und Personalräten die für uns relevanten Inhalte der Haushaltsaufstellung 2011/2012 vorgestellt. Hochachtung dafür! Insbesondere deshalb, weil für die Gestaltung beamtenrechtlicher Regelungen eigentlich die Senatorin für Finanzen zuständig ist.

Die genauen Eckwerte für die Haushaltsaufstellung 2011/2012 werden vom Senat am 11. 10. 2011 festgelegt. Zum 11. 11. 2011 soll der Gesetzentwurf den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur Stellungnahme zugeleitet werden.

Doch eine gewerkschaftliche Beteiligung kann sich nicht auf die Weitergabe von Senatsbeschlüssen reduzieren, sondern sie muss auch eine inhaltliche Mitsprache und Gestaltung ermöglichen. Auch eine beamtenrechtlich vorgeschrie-

bene Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren reicht da nicht aus.

Mit den vorgeschlagenen dienstrechtlichen Änderungen versucht der Senat, die staatlichen Dienstleistungen im Bereich der Inneren Sicherheit zu erhalten.

Dies wird ganz deutlich durch die Tatsache, dass die Personalzahlen der Polizei konstantgehalten werden sollen. Gleichzeitig soll der Bereich Inneres aber ein Einsparvolumen von 1,2% pro Jahr erbringen. Übersetzt bedeutet dies, dass die



LANDESVORSTAND

Einkommen der Polizistinnen und Polizisten abgesenkt werden müssen.

Doch worum geht es jetzt genau: Folgenden Zwischenstand hat der Senator für Inneres und Sport vorgestellt:

Altersgrenzen

1. Allgemeine Altersgrenze für Beamte

Die allgemeine Altersgrenze für Beamte soll mit folgender Übergangsregelung auf die Vollendung des 67. Lebensjahres angehoben werden:

Geburtsjahr	Verlängerung um Monate
1947	1
1948	2
1949	3
1950	4
1951	5
1952	6
1953	7
1954	8
1955	9
1956	10
1957	11
1958	12
1959	14
1960	16
1961	18
1962	20
1963	22
1964	24

2. Besondere Altersgrenze

a) Polizei

Die besondere Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte soll mit folgender Übergangsregelung auf die Vollendung des 62. Lebensjahres angehoben werden:

Geburtsjahr	Verlängerung um Monate
1953	4
1954	8
1955	12
1956	16
1957	20
1958	24

Ausnahmeregelungen sind offensichtlich nicht vorgesehen.

b) Justiz

Vollständige Übernahme der geplanten Regelungen des Polizeivollzugsdienstes.

c) Feuerwehr

Übernahme eines nicht näher definierten Modells aus anderen Bundesländern. Im Ergebnis bedeutet dies eine Anhebung der besonderen Altersgrenze. Dafür werden aber Ausnahmeregelungen,

wie z. B. Erhalt der besonderen Altersgrenze mit Vollendung des 60. Lebensjahres bei langjährigem Schichtdienst, aufgenommen.

3. Freiwillige Regelung

Die bei der Polizei vorhandene Möglichkeit der Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Altersgrenze auf Antrag des Beamten soll beibehalten und auch auf weitere Bereiche übertragen werden.

Freie Heilfürsorge

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung beabsichtigt Bremen eine Änderung entsprechend der norddeutschen Regelung. Was bedeutet das eigentlich?

Ein Eigenanteil von 1,4 bis 1,6% des monatlichen Einkommens soll eingeführt werden. Offen bleibt, ob für Anwärter die Freie Heilfürsorge erhalten bleibt.

Absenkung der Eingangsbesoldung für Polizeivollzugsbeamte

Die Eingangsbesoldung für Polizeivollzugsbeamte während der Probezeit soll abgesenkt werden. Es ist unklar, wie der in der Presse genannte Betrag von 200,- € zustande kam. Beabsichtigt ist die Absenkung auf einen Betrag oberhalb der Besoldungsgruppe A 8. Der Differenzbetrag A 8 zu A 9 beträgt aber lediglich 128,87 €.

Offen ist, ob die Senkung bereits für die heute in der Probezeit oder in der Ausbildung befindlichen Kolleginnen und Kollegen angewandt werden soll, oder ob nur spätere Jahrgänge davon betroffen sind.

Jubiläumszuwendungen

Von einer zunächst beabsichtigten Streichung der Jubiläumszuwendungen soll abgesehen werden.

Beförderungstermin

Der Beförderungstermin soll von dem 1. 1. auf den 1. 12. vorgezogen werden.

Ganz offensichtlich will der Senat uns weiterhin effektive Mitgestaltungsrechte verweigern und die Einkommen der Polizeibeamten und ihrer Familien reduzieren.

Ohne alle Argumente gegen die geplanten Sparmaßnahmen anzuführen, seien exemplarisch einige Fragen gestellt:

- Warum muss die Anhebung der besonderen Altersgrenze für Polizei und Jus-

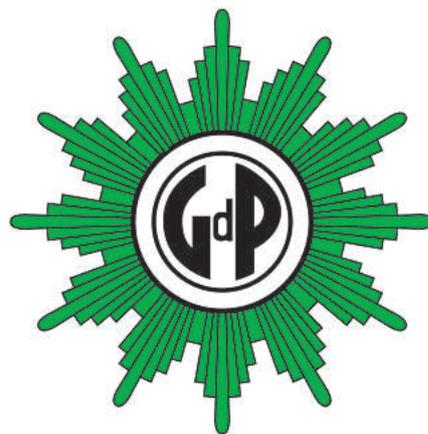
tiz in sechs Jahren umgesetzt werden, während die Anhebung der allgemeinen Altersgrenze in 18 Jahren erfolgt?

- Schon heute leisten die Polizeibeamten beispielsweise durch die Übernahme von Zuzahlungen zu Medikamenten einen Eigenanteil zur Freien Heilfürsorge. Allerdings soll dieses Geld vollständig zur Finanzierung von Vorsorgekuren zur Verfügung gestellt werden. Vor dem Hintergrund der Änderungen bleibt abzuwarten, ob die Finanzierung der Vorsorgekuren künftig gesichert ist. Darüber hinaus soll der prozentuale Eigenanteil wirklich nicht die Summe der heutigen Zuzahlungen überschreiten?

- Polizeidienst ist in der Laufbahngruppe 2 anzusiedeln, Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Auch andere Beamte werden in die Laufbahngruppe 2 eingestellt und haben eine Probezeit zu absolvieren. Aber warum soll eigentlich nur die Eingangsbesoldung für Polizeibeamte gesenkt werden?

Die Beispiele zeigen, dass Polizisten wieder einmal überproportional von Einsparungen betroffen sind. Das geht über die schon fast übliche Benachteiligung von Beamten bei Besoldungsanpassungen und funktionsgerechter Besoldung noch einmal weit hinaus. Die verantwortlichen Politiker wären gut beraten, sich die Einkommensentwicklung von Beamten, Beschäftigten im öffentlichen Dienst und vergleichbarer Berufsgruppen in der freien Wirtschaft der letzten Jahre genau anzusehen.

Der Landesvorstand



Internationaler Tag der älteren Generation

Im Jahr 1990 erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen den 1. Oktober zum „Internationalen Tag der älteren Menschen“. Dieser Tag ist in der Öffentlichkeit in Deutschland kaum bekannt. Seit 2008 wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen/Bremen Veranstaltungen in Hannover durchgeführt. Erstmals hatte der DGB Bremen-Elbe-Weser zu einem Aktionstag am 30. September 2011 in Bremen auf dem Hanseatenhof aufgerufen. Am Aktionstag nahmen alle Einzelgewerkschaften des DGB sowie Sozialverbände und zwei Parteien der Bremischen Bürgerschaft teil.

Das Motto der Gewerkschaften lautete: **„Gegen Sozialabbau und Auswüchse in der Gesundheitspolitik!“**

- Wie wird unsere Gesellschaft im Jahr 2020 aussehen?
- Welche Voraussetzungen sind notwendig, um Schrumpfs- und Alterungsprozesse zu kompensieren?
- Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Generationen sicherstellen?

Dies sind Fragen, mit denen wir uns alle auseinandersetzen und zu denen wir alle gemeinsam Lösungen finden müssen. In seiner Begrüßungsrede forderte Kol-

lege Rainer Kuhn (ver.di) u. a. den Abbau von Leiharbeit. Er warnte davor, dass die Lohnarmut von heute die Altersarmut von morgen ist. „Die Rente mit 67 ist ein Rentenkürzungsprogramm. Im Hinblick auf 2,3 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland steckt die Politik den Kopf in den Sand“, so Rainer Kuhn.

Ein Beiprogramm begleitete den Aktionstag. In einem Sketch machten die ver.di-Senioren deutlich: „Ohne Zuzahlung läuft gar nichts – Gesundheitspolitik 2013“!

Ein Quartett der Gesamtschule Ost und die Ver.dikantinnen (Frauenchor) sorgten für den musikalischen Rahmen.

Als GdP-Fachgruppe Senioren waren wir ebenfalls mit einem Infostand auf dem Hanseatenhof vertreten. Die Beteiligung insgesamt hätte besser sein können trotz der hochsommerlichen Temperaturen und dem bevorstehenden langen Wochenende.

Aber es wird sicherlich 2012 wieder den Tag der älteren Generation geben.

Wolfgang Karzenburg



V. l. n. r.: Eckhard Lindhorst, Wolfgang Karzenburg, Günter Felzmann, Horst Albinger

Info-Termin: Vorbereitung auf den Ruhestand

Ruhestand – ein neuer Lebensabschnitt. Was verändert sich für mich? Wir wollen dabei helfen, eventuelle Fehler zu vermeiden oder auch nur einige Tipps geben. Wir bieten dazu eine Informationsveranstaltung in Form einer Tagesveranstaltung (9.00 bis 16.00 Uhr) für Kolleginnen und Kollegen an, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten, aber auch für Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Laufe des Jahres in den Ruhestand getreten sind.

Termin: Dienstag, 8. November 2011, 9.00 Uhr, Vereinsgaststätte „Postillion“ – Bremer Sport Club (ehemals Postsportverein) Werderstraße 66, 28199 Bremen.

Themen dieser Veranstaltung:

- Pensionen und ihre Berechnungen
- Beihilfe im Ruhestand

- Krankenversicherung aus dem APS-Programm (Aktivprogramm für GdP-Senioren);
- Patienten- und Betreuungsverfügung
- Vorsorgevollmacht
- Beantwortung von allgemeinen Fragen.

Anmeldungen ab sofort auch für Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven über die **GdP-Geschäftsstelle, Telefon 04 21/9 49 58 55, oder E-Mail: anne.wohlers@gdp-online.de.**

In Bremerhaven werden wir bei ausreichend Anmeldungen eine eigene Veranstaltung durchführen.

*Wolfgang Karzenburg,
Vorsitzender FG Senioren*

Termine

Bremerhaven

Dienstag, 8. 11. 2011, 16.00 Uhr, Vereinsheim der Kleingärtner, Reuterhamm.

Bremen

Donnerstag, 10. 11. 2011, 15.30 Uhr, Grollander Krug

Weihnachtsfeiern 2011 der Senioren:

Bremerhaven

**Freitag, 16. 12. 2011, 16.00 Uhr, im Columbus Cruise Center/Kreuzfahrtterminal (im Columbus Cruise Café).
Parkplätze direkt am Eingang des CCC.**

Bremen

**Freitag, 2. 12. 2011, Hotel Ballandins, August-Bebel-Allee 4.
Parkplätze vor dem Hotel.
Buslinie 24, Haltestelle August-Bebel-Allee direkt vor dem Hotel.**

Die Einladungen zu beiden Veranstaltungen werden zeitgerecht versandt.

Wolfgang Karzenburg



LANDESVORSTAND

Widerspruch gegen Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2011/12 einlegen!

Die Bremische Bürgerschaft hat am 12. 4. 2011 beschlossen, dass die Tarifeinigung vom 10. 3. 2011 nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten bzw. Versorgungsempfänger des Landes Bremen übertragen wird.

Da die politischen Anstrengungen der GdP, diese massiven Eingriffe in Dienst- und Versorgungsbezüge zu verhindern, von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mitgetragen wurden, wird die GdP gerichtlich klären lassen, ob diese gesetzgeberische Entscheidung rechtmäßig ist. Hierzu werden zwei Musterverfahren geführt.

Alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen können selbst Widerspruch da-

gegen einlegen. Mit der Performa Nord und dem Magistrat Bremerhaven ist abgesprachen worden, dass alle Verfahren bis zu einer obergerichtlichen Entscheidung im Musterverfahren ruhend gestellt werden. Im Falle einer positiven obergerichtlichen Entscheidung im Musterverfahren würden alle Kolleginnen und Kollegen rückwirkend gleichgestellt, die Widerspruch eingelegt haben.

Die GdP rät dazu, die Widerspruchsvorlage vollständig auszufüllen und bei der Performa Nord bzw. beim Magistrat Bremerhaven einzureichen. Alle eingehenden Widersprüche werden von diesen Stellen in Listen erfasst. Wer sichergehen möchte, schickt seinen Widerspruch per Einschreiben mit Rückschein oder lässt

sich von der dortigen Poststelle einen Eingangsstempel auf die Kopie seines Widerspruchsschreibens geben.

Über den Fortgang des Musterverfahrens werden wir in der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei und im Internet informieren. Allerdings dürfte mit einer erstinstanzlichen Entscheidung frühestens in zwei Jahren zu rechnen sein.

Die Widerspruchsvorlage findet ihr unter:

http://www.gdp.de/gdp/gdphb.nsf/id/DE_Widerspruch_Besoldungsanpassung

Wer über keinen Internetzugang verfügt, kann sich an die Geschäftsstelle wenden.

Der Landesvorstand

GdP-MUSTERVERFAHREN

Streichung Sonderzuwendung seit 2006 – aktueller Verfahrensstand

2006 hatte die Bremische Bürgerschaft beschlossen, einem Teil der Beamten und allen Versorgungsempfängern das Weihnachtsgeld vollständig zu streichen. Betroffen von diesem Beschluss waren und sind bis heute folgende Gruppen:

- **Anwärter**
- **Polizeikommissare, die noch keine drei Jahre Dienstbezüge erhalten haben**
- **Beamte der Besoldungsgruppen A 12 aufwärts**
- **Versorgungsempfänger**

Im Januar 2007 wurden alle betroffenen GdP-Mitglieder von uns angeschrieben und ihnen geraten, Widerspruch einzulegen.

Dieser Aufforderung kam ein sehr großer Teil der Kollegen nach. Absprachegemäß stellte die Performa Nord diese Widerspruchsverfahren ruhend, während die GdP Anfang 2007 für jede der betroffenen Gruppen eine Musterklage beim Verwaltungsgericht Bremen anhängig machte.

Aufgrund der bekannt langen verwaltungsgerichtlichen Verfahrensdauern war von vorneherein klar, dass die Verfahren nicht kurzfristig abgeschlossen sein würden.

Im Jahr 2009 hatten die jeweils zuständigen Kammern beim VG Bremen dann entschieden, die Verfahren auszusetzen bzw. ruhend zu stellen. Hintergrund dieser Entscheidung waren zwei beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anhängige Verfahren zum Thema „angemessene Nettoalimentation von Beamten“. Das BVerfG wird nun zunächst in diesen Verfahren entscheiden, erst danach werden die beim VG Bremen anhängigen GdP-Musterverfahren wieder aufgegriffen werden.

Wann mit einer Entscheidung des BVerfG zu rechnen ist, ist offen. Daher müssen sich die Betroffenen weiter in Geduld üben!

**RAin Dr. Claudia Albrecht-Sautter,
Gewerkschaftssekretärin**

JUNGE GRUPPE

Herzlich willkommen Einstellungs-jahrgang 2011

Am 4. Oktober 2011 war es für die neuen Kolleginnen und Kollegen soweit. Der erste Tag in der Polizei Bremen, der erste spannende Tag der kommenden dreijährigen abwechslungsreichen Ausbildung.

Auch in diesem Jahr durften wir als JUNGE GRUPPE dabei nicht fehlen und haben den Jahrgang 2011 auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei in Empfang genommen.

Um unseren Begrüßungsstand herum haben wir an diesem Tag umfassend informiert und erste Fragen der neuen Kolleginnen und Kollegen beantwortet. Wichtig war es uns, den Kolleginnen und Kollegen durch erste Gespräche zu begegnen und ihnen zu zeigen, dass wir für sie ein verlässlicher Ansprechpartner sind. Zur Begrüßung überreichten wir je-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

der Kollegin und jedem Kollegen daher eine Erste-Hilfe-Info-Mappe mit allen Informationen, die gerade in der Anfangszeit hilfreich sein können. Unverzichtbar ist dabei auch die wieder aufladbare Kopiererkarte als Unterstützung während des Studiums.

Bevor es zur offiziellen Begrüßung in die Aula der Bereitschaftspolizei ging, konnten wir die Kolleginnen und Kollegen mit ersten wichtigen Informationen, Tipps und Hinweisen versorgen. Schon jetzt freuen wir uns darauf, Details bei den anstehenden Begrüßungsrunden in den einzelnen Klassen zu vertiefen und auf weitere Fragen einzugehen.

Lieber Jahrgang 2011,

Es hat uns als JUNGE GRUPPE sehr viel Spaß gemacht, euch an eurem ersten Tag bei der Polizei Bremen willkommen zu heißen. Vielen Dank für die positive Resonanz und das rege Interesse an uns und unserer Arbeit. Ihr habt jetzt drei Jahre Ausbildung und Studium vor euch, in denen wir euch gern mit Rat und Tat zur Seite stehen werden. Wir setzen uns für euch ein, z. B. ganz aktuell bei der Diskussion um eine mögliche Senkung eures Einstiegsgehalts.

Egal ob für Bremen oder Bremerhaven, wir wünschen euch viel Erfolg und Spaß bei der Ausbildung.

Jochen Kopelke,
stellv. Landesjugendvorsitzender



Begrüßung neuer Kolleginnen und Kollegen durch Vertreter der JUNGE GRUPPE GdP



Der erste Tag im Polizeiberuf sofort vollgepackt mit Informationen und vielen neuen Eindrücken.

Ausgelassene Stimmung bei der Party in Bremerhaven



Auch in diesem Jahr kehrte das Bürger- und Polizeifest am 24. 9. 2011 in das Foyer der Stadthalle Bremerhaven ein. Die „Party“, die bereits zum 24. Mal von der Kreisgruppe veranstaltet wurde, zog 200 gut gelaunte Gäste an. Zu denen gehörten nicht nur Politiker und Polizeibedienstete, sondern, wie es der Name verspricht, auch Bürgerinnen und Bürger.

Die Band Prime Time, deren Mitglied Jörg Eilers gleichzeitig Kreisgruppenvorsitzender ist, heizte den Gästen von Anfang an mächtig ein und lockte schon nach kurzer Zeit die ersten Tänzer auf die Tanzfläche. Durch den regelmäßigen Wechsel mit DJ Lars kam kein Musikgeschmack zu kurz und die Tanzfläche war stets gut gefüllt.

Die „Party“ wird ihrem Namen immer mehr gerecht und so freute sich der Kreisgruppenvorsitzende außerordentlich über die steigende Teilnahme der Polizeikommissaranwärter aus dem Lande Bremen.

Für die äußerst gelungene Veranstaltung und deren reibungslosen Ablauf bedankte sich Jörg Eilers herzlich beim Festkomitee Anja Boekhoff, Linda Mittendorf, Angela Moormann und Wenke Schmidt.

In 2012 startet die Bürger- und Polizei-Party am 29. 9. zum 25. Mal durch, ein „silbernes“ Jubiläum, das dann ausgelassen in der Stadthalle Bremerhaven gefeiert wird.

Wenke Schmidt



Vertrauensleutetagung der Schutzpolizei

Diesmal wurde bereits Ende September zur Vertrauensleutetagung geladen, denn es knirscht im Gebäck: Themen wie Lebensarbeitszeit, Sicherheit der Kollegen/-innen und Bürger, unser Beschäftigungsvolumen 2600 mit- samt der Warenkorbdiskussion brennen unter den Nägeln.

Die Gespräche mit den Verantwortlichen in der Politik laufen, doch Verhandlungspartner sehen anders aus. Einseitig vorgegebene Regularien und Entscheidungen zeugen nicht von Wertschätzung und beachten insbesondere nicht die jahrzehntelang allgemein anerkannten besonderen Belastungsgrenzen der Polizei, zumal in anderen Bereichen offenbar weiterhin der Status quo herrscht.



Von links: Nils Winter, Daniel Dionisio, Holger Witt, Jochen Kopelke, Peter Schnaars und Jörg Kleischmann. Es fehlen urlaubsbedingt Ilka Frömbgen und Christina Biese.

Der **Landesvorsitzende** der GdP, **Horst Göbel**, gab hier interessante Einblicke. Er wird die jahrelang bekannte GdP-Forderung „Mit 60 ist Schluss!“ immer wieder in die Gesprächsrunden der Politik einbringen.

Als weiterer kompetenter Gast konnte der **Leiter der Schutzpolizei, Dirk Fasse**, begrüßt werden. Auch er steht für die besondere Altersgrenze und erklärte, welche Probleme mit der altersgerechten Personalsteuerung auf die Kollegen

-innen zukommen. So ist es z. B. nur durch die neue Bewertung der KOP-Stellen möglich, eingeschränkt dienstfähige Kollegen/-innen in der Direktion Schutzpolizei weiterhin adäquat und angemessen zu beschäftigen. Die Hoffnung vieler altgedienter KOP's auf eine Beförderung zum A 11er rückt damit vermutlich in unerreichtbare Sphären.

Zum Dauerbrenner Dienstanweisung Führungskräfte erläuterte Dirk Fasse die Übergangsmodele und bestehenden Möglichkeiten; zusätzliche Informationen werden noch an den betroffenen Kollegen/-innen-Kreis gesteuert. Die Fragen nach dem belastenden Schichtdienst oder die Warenkorbdiskussion hatte der SL bereits im Frühjahr während des Fachgruppenseminars Schutzpolizei in Tossens mit auf den Weg bekommen. Hier ein kurzer Sachstand: Die Minderung des gesundheitsschädlichen Schichtdienstes durch eine Änderung der Schichtfolgen wird in einer Arbeitsgruppe geprüft. Die Reduzierung von Dienstleistungen, etwa bei der Begleitung von Umzügen, ist bereits Auftrag an die ZES. Unsere weiteren Fragen zu Themen wie Beförderung (Verzahnung, einheitlicher Termin usw.), Gewalt gegen Polizeibeamte (Ausrüstung Helm, Ausbildung – SET) oder auch die gesundheitliche Belastung (vermehrt psychische Erkrankungen, Burn-out) sind

noch nicht abschließend geklärt. Wir werden darauf zurückkommen. Ebenso werden die Fragen nach dem zweiten Mann/Frau am Wachtisch, Fahrer für den WEL und Navigationsgeräten nicht enden.

Neuwahlen

Als weiteres spannendes Ereignis standen diverse Wahlen auf der Tagesordnung.

Heinfried Keithahn aus dem **Landesvorstand** erklärte kurz die Umstände, die dazu geführt haben: So ist beispielsweise die erfolgreiche Bewerbung in eine andere Direktion und ein Verbleib in der Fachgruppe Schutzpolizei nicht möglich. Zuerst wurde der **Vorstand der Fachgruppe Schutzpolizei** ergänzt, die Wahl erfolgte einstimmig und die aktuellen Mitglieder sind:

Holger Witt, Peter Schnaars, Nils Winter, Daniel Dionisio, Christina Biese, Ilka Frömbgen, Jörg Kleischmann und Jochen Kopelke.

Ebenso wurde der **Landesfachausschuss der Schutzpolizei** einstimmig gewählt, die Mitglieder heißen:

Bernd Bartha, Maik Dreesmann, Klaus Dunker und Heike Moritz, dazu kommen noch die Vertreter aus Bremerhaven.

Schließlich gab es noch Ergänzungen im Bereich der **Vertrauensleute**, ich erwähne hiervertretend für alle **Claudia Harms und Michael Birkhan**.

Herzlichen Glückwunsch und ich wünsche allen viel Erfolg.

Die Personalratswahl am 14. März 2012 wirft ebenfalls ihre Schatten voraus:

So wurde der Wahlvorschlag der Schutzpolizei vorgestellt und bestätigt, bis jetzt haben sich folgende Kollegen/-innen zur Verfügung gestellt:

Christina Biese, SB, ESD S 60
Michael Birkhan, DGL, ESD S 90
Daniel Dionisio, DGL, ESD S 50
Klaus Dunker, SGL AV, S 57
Maik Dreesmann, DGL, ESD S 50
Ilka Frömbgen, SB, ESD S 50
Jörg Kleischmann, WEL, ESD S 90
Peter Rak, SGL AV, S74
Peter Schnaars, WEL, ESD 60
Bernhard Skuczik, SB, S01
Jens Vogel, KOP, S 62
Nils Winter, SB, ESD S 70
Holger Witt, Personalrat
Volker Zimmermann, KOP, S 61

Durch eine Persönlichkeitswahl soll wie bisher über eine Vorwahl Ende November/Anfang Dezember ein Ranking ermittelt werden, weitere Infos und die Kandidatenvorstellung folgen.

**Holger Witt,
FG-Vorsitzender**



Führungskräfteentwicklung Nichtvollzug: Gelungener Auftakt

Die Informationsveranstaltung im Präsidium am 20. September für Interessierte aus dem Bereich Nichtvollzug war ein gelungener Auftakt. Mehr als 50 Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte folgten den Ausführungen des Polizeivizepräsidenten Lutz Müller zum Thema „Führungskräfteentwicklung (FK)“. Mit einer so großen Resonanz hatte wohl keiner im Vorfeld gerechnet. Dies macht einmal mehr deutlich, dass auch die Beschäftigten im Nichtvollzug ihre Wertschätzung mit Nachdruck einfordern und Führungsverantwortung übernehmen wollen.

Nachdem zum 1. 9. 2011 die Dienstanweisung über die Führungskräfteauswahl und -entwicklung in der Polizei Bremen in Kraft getreten ist, war es nun an der Zeit, auch den sog. Nichtvollzug durch eine Auftaktveranstaltung zu begrüßen. Nicht zuletzt durch das wiederholte Bemühen des Personalrates und der GdP ist diese Veranstaltung zustande gekommen. Weiterhin wird auch in der Behördenleitung gesehen, dass bei immer komplexer werdenden Aufgaben und abnehmenden Personalressourcen qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein hohes Gut für die Polizei Bremen sind.

Der **Polizeivizepräsident Lutz Müller** machte deutlich, dass die Dienstanweisung für den Polizeivollzugsdienst die Besonderheiten im Nichtvollzug kaum abdecken kann. Dies scheidet schon an unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie dem Umstand, dass es für die Polizeibeamten eigens einen Erlass des Senators für Inneres und Sport (SIS) gebe. L. Müller betonte aber, dass die wesentlichen inhaltlichen Elemente aus dem Vollzug analog auch für den Nichtvollzug gelten sollen. Dieses sind insbesondere:

- eine **eignungsorientierte Personalauswahl (mit Hilfe von strukturierten Interviews oder Assessment-Centern)**
- die **Anwendung einer praktischen Potenzialüberprüfung sowie**
- die **inhaltsgleiche Qualifizierung (Modulstruktur an der HfÖV)**

„Denkbar ist“, so der Vizepräsident weiter, „dass die sog. praktische Potenzialüberprüfung in Form der Leitung einer Projektgruppe oder aber auch außerhalb der Polizei Bremen abgeleitet wird.“ An dieser Stelle war der PVP völlig offen und betonte, dass solche detaillierten Entscheidungen noch nicht getroffen sind und vorab der Abstimmung innerhalb der Direktionen und mit der Personalvertretung bedürfen.

Polizeivizepräsident stellt sich den Fragen

Lutz Müller hatte aber auch ausdrücklich zu der Veranstaltung eingeladen, um sich direkt den Fragen der Interessierten zu stellen und deren Anregungen und Vorstellungen mitzunehmen. An dieser Stelle seien nur einige Fragen auszugsweise genannt:

- Wie verhält es sich mit bewertungsrechtlichen Aspekten, sobald ein Mitarbeiter die Qualifizierung durchlaufen hat?
- Wie kann man seine „Führungsfähigkeiten“ beweisen, wenn man heute noch keine (offizielle) Führungsverantwortung hat, sondern einem laut Stellenbeschreibung nur die „fachliche Verantwortung“ zugewiesen ist?
- Ist eine Trennung nach fachlicher und personeller Verantwortung noch zeitgemäß und wo sind die konkreten Grenzen?
- Wird es eine Trennung nach lauffahnrrechtlichen Aspekten geben? Konkret: Werden auch die Stellen des früheren mittleren Dienstes bei einem „Führungskonzept Nichtvollzug“ berücksichtigt oder sind hier keine Führungsanteile vorgesehen?
- Wird ein solches Konzept auch die sog. FQ 3-Ebene (höherer Dienst) inhaltlich einschließen?

Der PVP beantwortete viele der ihm gestellten Fragen; er machte aber noch einmal deutlich, dass wesentliche Eckpunkte noch völlig offen sind und der Klärung bedürfen. Beabsichtigt ist, die fachlich-inhaltliche Qualifizierung an der HfÖV gemeinsam mit dem Vollzugsbereich zu gestalten.

Frau Matzat, Personalabteilung, betonte, dass es vermutlich zu ganz individualisierten Personalentwicklungsplänen kommen werde. So gebe es z. B.

Biologen, Chemiker, PTA's, medizinische Berufe, Psychologen, Techniker, Informatiker, Einkäufer, Kaufleute, Buchhalter, Lehrer, Kfz-Mechaniker, Sprengmeister und viele andere Berufe.

Ungleicher Lohn führt zu Demotivation

Ein Kollege aus der Kriminalpolizei sprach von seinen Erfahrungen in der Privatwirtschaft. Dort werde oft ein Führungsduo eingesetzt, in dem sich beispielsweise ein Kaufmann und ein Techniker befinden. Übertragen auf die Polizei hieße das, eine sog. „Mischbesetzung“ aufzustellen mit jeweils einem „Vollzugler“ und einem „Nichtvollzugler“. PVP Müller fügte hinzu, dass dieses Modell bereits in Ansätzen in der Polizei gelebt werde, so z. B. in der Leitung der Zentralen Technischen Dienste oder im Polizeigeheimamt.

Angesprochen auf die oft geringere Eingruppierung bei Tarifangestellten antwortete der Vizepräsident: „**Das Ziel muss immer sein: gleicher Lohn für gleiche Tätigkeit!**“ Alles andere führe zu Benachteiligung und damit zu Demotivation.

Lutz Müller skizzierte einen groben Zeitplan. Gegen Ende dieses Jahres sollen die wesentlichen Eckpunkte eines „Führungskräfteentwicklungs-Konzeptes Nichtvollzug“ geklärt sein. Ein erster Entwurf im ersten Quartal 2012 sei realistisch. Damit er sich ein weiteres Meinungsbild machen könne, stellte er eine Folgeveranstaltung im nächsten Jahr in Aussicht.

Der **Vorsitzende des Personalrates, Harry Kuck** fügte hinzu, dass aus Sicht der Beschäftigten eine frühe Einbindung und Beteiligung des Nichtvollzugspersonals mehr als nur wünschenswert ist. „Dies führt zu einer breiten Akzeptanz und nur so wird ein Führungskonzept auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Leben gefüllt.“

Die Veranstaltung im Präsidium kann aus meiner Sicht als voller Erfolg gewertet werden. Der Personalrat und die Fachgruppe Zentrale Dienste bieten auch weiterhin einen offenen Austausch und kontinuierlichen Dialog an.

Bernd Hinrichs

